



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/135 - 20. Juni 1961

Archiv  
des Vorstandes der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn  
20. JUNI 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

|       |   |    |
|-------|---|----|
| 1     | <u>Fairness im Wahlkampf!</u><br>Zur Mahnung des Rates der<br>Evangelischen Kirche Deutschlands   | 50 |
| 2 - 3 | <u>In altem Geist zu neuen Zielen</u><br>Das neue Programm der dänischen Sozialdemokratie<br>Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten | 68 |
| 4     | <u>Etwas antiwestlicher als bisher</u><br>Belgrads Haltung zur Deutschlandfrage<br>Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schläicher             | 44 |
| 5     | <u>Infam</u><br>OSU leistet Schützenhilfe für die Kommunisten   | 26 |
| 5     | <u>Kein echter Verlust?</u><br>Zu einer Bemerkung des Staatssekretärs von Eckardt   | 26 |
| 6     | <u>Es gibt kein "Reisewunder"</u><br>Der "Normaltourist" bleibt bescheiden  | 35 |
| 7     | <u>Zeitgeschichte...</u><br><u>Eichmann in Glasschrank</u>  | 36 |

\* \* \* \*

### Fairness im Wahlkampf!

Der- Noch befinden wir uns im Vorhofs des Wahlkampfes um die Neubesetzung des Bundestages am 17. September. Die Parteien haben zwar ihre Stellung bezogen, die grosse Auseinandersetzung des Ringens um die 36 Millionen Wähler steht jedoch noch bevor. Die politischen Energien unseres Volkes werden davon voll beansprucht sein, dennoch dürfen wir nicht so tun, als ob es überhaupt nichts mehr gäbe als unsere Wahlen. Der verzweifelte Versuch Ulbrichts, unterstützt von der mächtigen Sowjetunion, den durch die willkürliche Spaltung Deutschlands geschaffenen abnormalen Zustand durch die Verwandlung der Zonen- in eine Staatsgrenze für immer zu fixieren, stellt die deutsche Demokratie und die sie tragenden, dem Grundgesetz verpflichteten Parteien vor eine Bewährungsprobe ungewöhnlichen Ausmasses. Es geht nicht nur um die Neuwahl des Bundestages, es geht, und wohl zu allererst, auch darum, ob die junge deutsche Demokratie die Kraft und die Ausdauer zur entschlossenen Abwehr der auf sie zukommenden Gefahren aufbringt. Das legt den Parteien bei aller Schärfe des Austragens sachlicher Gegensätze gewisse Grenzen in ihren Verhaltensweisen zueinander auf. Wer sie überschreitet, öffnet für die antidemokratischen Kräfte in- und ausserhalb der Bundesrepublik Tür und Tor zu zerstörerischer Betätigung.

Es ist notwendig, wieder an die Mahnung des Bundespräsidenten Lübke in seiner Silvesteransprache zu erinnern. Lübke sagte:

"Der im neuen Jahr bevorstehende Wahlkampf bietet Gelegenheit zu beweisen, dass wenigstens ein allgemeines Bemühen vorhanden ist, die Grundsätze demokratischen Lebens zur allgemeinen unantastbaren Grundlage zu machen; Sachlichkeit der Auseinandersetzung, Bereitschaft, auch den anderen zu hören".

Man hat auch der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands mit dem Landesbischof Dr. Lilje, wohl aus gegebenem Anlass, im gleichen Geist eine Mahnung an die Parteien gerichtet und sie beschworen, "wenn es wirklich um das ganze Volk gehe, sollte sich auch die persönliche Achtung derer voreinander von selbst verstehen, die im Bundestag für das deutsche Volk gemeinsame Verantwortung tragen sollen".

Die damaligen Worte des Staatspräsidenten und die jetzige Mahnung eines so hochgeachteten, über den Parteien stehenden Mannes wie Landesbischof Dr. Lilje müssten -so wäre zu wünschen- Richtschnur für alle demokratischen Parteien sein, über das sie Trennende nicht das Gemeinsame zu vergessen. Die dem deutschen Volk und der deutschen Demokratie feindlich Gesinnten hoffen auf eine Selbstzerfleischung des deutschen Volkes, sie hoffen auf einen Wahlkampf, der ihnen die Gelegenheit gibt, sich als antidemokratischer Spaltpilz entfalten zu können. Das von fremder Gnade lebende Regime von Ostberlin geht auf die Selbstzerreissung unserer Nation aus, es hofft, dass sich die deutschen Demokraten nicht als Weggenossen zu einem gemeinsamen Ziel betrachten, sondern als Gegner, die sich in tödlichem Kampf verstricken. Über dem Wahlkampf steht das Wohl und die innere Geschlossenheit der Nation; das meinen der Bundespräsident und der Landesbischof, und niemand sollte dies im Getümmel des Wahlkampfes aus der Sicht verlieren.

In altem Geist zu neuen Zielen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Kopenhagen. - Einen historischen Kongress nannte Ministerpräsident und Parteivorsitzender Viggo Kampmann den Parteitag der dänischen sozialdemokratischen Partei, der fast eine Woche lang die Aufmerksamkeit breiter Kreise der Öffentlichkeit festhielt. Historisch war dieser Parteitag nicht nur, weil die SP den 90. Jahrestag der Parteigründung begehen konnte, sondern auch vor allem, weil ein neues, der Gegenwart entsprechendes Grundsatzprogramm angenommen wurde, das weit in die Zukunft blickt und verspricht, den demokratischen Sozialismus weiter auszubauen und zu festigen. Das geschah zu einem Zeitpunkt, da die sozialdemokratische Partei ihren bisher höchsten Stand an Mitgliederzahl und Wählerstimmen verzeichnet. Mit 250 000 Mitgliedern ist die SP verwurzelt in breiten Schichten der dänischen Bevölkerung; bei den Novemberwahlen zum Folketing erreichte die Partei über eine Million Stimmen. Sie kann sich in ihrer Regierungsposition auf das Bewusstsein stützen, dass sie rund die Hälfte der gesamten Bevölkerung direkt vertritt.

Ausser dem neuen Grundsatzprogramm, das das Parteiprogramm vom Jahre 1913 ablöst, wurde ein Arbeitsprogramm für die kommende Vierjahresperiode verabschiedet. Es enthält einige vom Programmentwurf abweichende Änderungen, und es wird dabei besonders vermerkt, dass die dänischen Sozialdemokraten sich für einen besseren Einkommensausgleich durch Steuermaßnahmen einsetzen. Auch eine Erhöhung der Besteuerung der grossen Erbvermögen wird ins Auge gefasst.

Eine weitere "Verschärfung" des Arbeitsprogramms bedeutet die Forderung, dass die Regierung grösseren Einfluss auf die Finanzpolitik der dänischen Nationalbank ausüben müsse. Schon jetzt sollten Maßnahmen vorbereitet werden, um die Vorteile der letzten Lohnerhöhungen den Arbeitnehmern durch Preisbindungen zu erhalten.

Der Parteitag fand zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit statt, und durch ihre Korrespondenten konnten die Zeitungen der übrigen dänischen Parteien einen direkten Eindruck von den offenen und lebhaften Debatten bekommen. Der Parteitag bot ein Bild der festen Entschlossenheit, den demokratischen Sozialismus noch stärker zu vertiefen. Die

Grundssäule der sozialdemokratischen Partei ist die Forderung nach Freiheit für die Menschen, die eng mit der Gerechtigkeit und dem gerechten Anteil an den Kulturgütern verbunden ist. Es wurde unterstrichen, dass die dänischen Sozialdemokraten dabei automatisch im Gegensatz zu den Diktaturen und zum Kapitalismus stehen. Auch die zweite prinzipielle Forderung, Freiheit bei Wahrung der gesellschaftlichen Gemeinsamkeit, wurde sowohl in dem Grundsatzprogramm wie auch während der Debatte klar und deutlich ausgesprochen. "Wir verstehen unter Demokratie etwas mehr als unsere Gegner", erklärte Ministerpräsident Kamprann in einem Rückblick auf den Parteitag. "Wir erkennen das private Eigentum als Stimulans an", fügte er hinzu, aber "das Stimulans darf nicht so stark sein, dass es die Interessen der anderen beeinträchtigt."

Es wurde von der dänischen Öffentlichkeit mit besonderer Aufmerksamkeit vermerkt, dass der Vorsitzende der Gewerkschaft der Metallarbeiter, Folketingsabgeordneter Hans Rasmussen zum zweiten Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei gewählt wurde. Dabei ist die Verbundenheit zwischen SP und der Gewerkschaftsbewegung hervorgehoben. "Wir sind die Partei der Lohnempfänger", erklärte Hans Rasmussen, "wir dürfen nicht die intime Interessengemeinschaft zwischen den Arbeitern und Angestellten vergessen". Gerade diese Gemeinsamkeit ist die beste Garantie für das Erreichen der sozialdemokratischen Zielsetzung: eine soziale und wirtschaftliche Hebung der ganzen Bevölkerung.

Bedenken gegenüber den politischen Folgen eines übereilten dänischen Anschlusses an die EWG trat der Außenminister Jens Otto Krag mit dem Argument entgegen, dass "der Atemzug und die Atmosphäre in Europa sich ändern werden", wenn der jetzige Kreis des gemeinsamen westeuropäischen Marktes durch den Beitritt Englands und der skandinavischen Staaten erweitert wird. In diesem Zusammenhang wurde auch unterstrichen, dass die dänischen Sozialdemokraten für "eine Zusammenarbeit weit über die Landesgrenzen hinaus" sind, wobei die Bereitschaft an der gemeinsamen westlichen Verteidigung nicht als Endziel betrachtet wird, sondern dass Dänemark zusammen mit anderen demokratischen Staaten sich für ein Sicherheits- und Abrüstungssystem einsetzt, das eines Tages internationalen Frieden und internationale Gerechtigkeit sicherstellt.

Etwas antiwestlicher als bisher

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

In Erwartung des Gipfeltreffens der Staatsoberhäupter der neutralen Länder verdienen die Reaktionen des Gastgeberlandes Jugoslawien auf die Vorgänge um Deutschland und Berlin gesteigerte Beachtung. Bringt man die in diesem Zusammenhang gegebenen offiziellen Erklärungen und die fast offiziellen Pressestimmen der letzten Tage auf eine Formel, lässt sich diese am treffendsten noch so umschreiben: grundsätzlich nichts Neues, in den Nebentönen jedoch etwas antiwestlicher als bisher.

Die realpolitisch basierte Rücksicht, sich nicht vorzeitig auf eine eventuelle Teilnahme an einem einseitigen Friedensvertrag mit Ostdeutschland festzulegen, bestimmt nach wie vor die offizielle Belgrader Grundhaltung. Heute ist es ebenso schwer wie einst vorauszusagen, was Jugoslawien, konkret vor eine solche Möglichkeit gestellt, tun würde.

Trotzdem will es vielen Belgrader Beobachtern und Diplomaten scheinen, als sei die schon immer zu beobachtende pro-sowjetische Einstellung Belgrads zur Deutschlandfrage im Lichte der letzten Ereignisse noch um eine Nuance betonter geworden. Der Sprecher des jugoslawischen Außenministeriums attestierte dem Deutschlandmemorandum des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow, "es verdient volle Aufmerksamkeit umso mehr, als die jetzige Situation anachronistisch und durch die Entwicklung seit Kriegsende überholt" sei. Die von ihm ausgedrückte Überzeugung, selbst eine Teillösung in der Deutschlandfrage könnte eine Erleichterung für den Frieden in Europa und der Welt bedeuten, hat hier aufhorchen lassen. Wird sie doch teilweise als deutliches Anzeichen der vorhandenen Belgrader Bereitwilligkeit gedeutet, möglicherweise eine Friedensvertragliche Regelung mit Warschau zu unterstützen, wofür bislang noch keine Hinweise sprechen. In jedem Falle widerspricht jedoch diese These der Bonner Ansicht, das Berlinproblem könne nur im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung gelöst werden.

Die stets im Vergleich mit der offiziellen Belgrader Linie um einige beträchtliche Grade deutsch-unfreundlichere Presse verurteilte dagegen die von Bundeskanzler Adenauer erteilte Absage an das Chruschtschowsche Deutschlandmemorandum als eine "Provokation", die um so gefährlicher sei, weil Bonn keinen konkreten Gegenvorschlag zur Lösung der deutschen Frage mache. Nebenbei versucht man die eigene Öffentlichkeit in der Illusion zu bestärken, Bonn führe seine Politik eigentlich gegen den Willen - zumindest gewisser Kreise - der westlichen Verbündeten Hauptstädte.

Trotz dieser zumindest partiellen Selbsttäuschung verdient die jugoslawische Haltung aufmerksames Interesse. Es steht heute bereits fest, dass unter dem Begriff des Selbstbestimmungsrechtes, das vor der Gipfelkonferenz der Neutralen zu einem Punkt ihrer Tagesordnung erhoben worden ist, sehr viele Teilnehmer etwas grundsätzlich anderes verstehen werden als die westliche Welt. Dass der europäische Gastgeber Jugoslawien unter ihnen sein wird, ist kein gutes Omen.

Infam

sp- Die "Passauer Neue Presse", Herausgeber Dr. Kapfinger, vom Berliner Landgericht wegen Verleumdung des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Willy Brandt erst kürzlich zu einer Geldstrafe von 50 000 DM verurteilt, hat in ihrer letzten Samstagausgabe eine vierseitige Beilage über Brandt veröffentlicht, in der der Versuch unternommen wird, den Vorkämpfer Berlins menschlich und politisch herabzusetzen. Als verantwortlich und Herausgeber für dieses Pamphlet zeichnet das Generalsekretariat der CSU München, Landesgeschäftsführer Alois Klughammer. Fast zur gleichen Zeit versuchten in Berlin die Kommunisten durch an Berliner gerichtete Briefe Mißstimmung zwischen die Berliner CDU und SPD zu tragen, in denen sie fast wörtlich die Unterstellungen wiederholten, deswegen Dr. Kapfinger verurteilt worden war. Gegen dieses infame Unterfangen hat sich der Landesgeschäftsführer der Berliner CDU, Fritz Klauke, in entschiedener Weise gewandt. Die SED wollte damit, sagte Klauke, Zwietracht zwischen die beiden Koalitionspartner säen, die bei allen politischen Gegensätzen in der Abwehr der kommunistischen Bedrohung der Stadt zusammenstehen. Die Berliner CDU hat damit recht getan. Sie steht damit freilich auch in Gegensatz zur Münchener Landesleitung der CSU, die sich in Verleumdung ohnegleichen nicht scheut, durch Verketzerung des politischen Gegners in bedenkliche Nähe der sedistischen Gift- und Süßlücke zu geraten. Dass die Kommunisten in Brandt ihren Hauptgegner sehen, nimmt nicht wunder, dass aber auch die CSU in der Bekämpfung des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten sich ähnlicher Methoden bedient, zeugt von einem bedenklichen Verfall politischen Anstands und steht in Widerspruch zu den Mahnungen des Bundespräsidenten Lübke und des Landesbischofs Dr. Hilje, den beginnenden Wahlkampf mit Fairness zu führen.

\* \* \*  
Kein echter Verlust?

J.F.W.- Jetzt wissen wir es endlich: Die 120 Millionen Steuergelder, mit denen die Bundesregierung des Kanzlers Lieblingskind, das "Freie Fernsehen" aufpöppelte, bis der ungeratene Wechselbalg dann doch am Karlsruher Verfassungsurteil erstickte, sind überhaupt kein Verlust. Kein "echter" Verlust wenigstens, wie Staatssekretär v. Eckardt spitzföndig feststellte. Jeder Beginn eines zweiten Fernsehprogramms sei mit Anlaufkosten verbunden, dozierte der Kanzlerknappe. Da sei es gleichgültig, ob diese Gelder aus dem Steuersäckel oder den Fernsehgebühren genommen würden.

Es ist menschlich verständlich, dass Herr v. Eckardt, dessen Unterschrift unter den Verpflichtungserklärungen der Bundesregierung steht, die das Freie Fernsehen zu ihrer grosszügigen Ausgabenwirtschaft veranlassen, bestrebt ist, diese böle Angelegenheit zu verharmlosen. Doch sollte er sich hierzu bessere Argumente einfallen lassen.

Die Erkenntnis, dass Fernsehen Geld kostet, ist nicht ganz neu. Selbst die Parteifreunde des Kanzlers unter den Ministerpräsidenten der Länder, die alles tun wollen, um Dr. Adenauer von dem Fernseh-Leertitel im Bundeshaushalt zu befreien, haben aber erkennen müssen, dass ein grosser Teil der in Frankfurt verbrauchten Gelder ohne Gegenwert verpulvert wurde. Um diese sinnlosen Verluste zu lasten des Steuerzahlers geht es! Sie wären nicht entstanden, wenn das zweite Fernsehen von vornherein im Rahmen des Grundgesetzes von Fachleuten aufgebaut worden wäre. Zu den unnötigen Mehrkosten kam es ausschliesslich, weil Dr. Adenauer sich sein verfassungswidriges Privatfernsehen verschaffen wollte. Keine entschuldigende Erklärung seines Staatssekretärs schafft diesen Tatbestand aus der Welt!

\* \* \*

### Es gibt kein "Reisewunder"

H.M. - Dem bundesdeutschen Urlauber wurden häufig recht erstaunliche Merkmale angedichtet. Man behauptete, seine Ansprüche seien über alles vertretbare Maß hinausgegangen, und er wisse oftmals nicht mehr, was er noch an neuartigen Reisezielen, Komfort und Unterhaltungsformen "entdecken" könne. Das "Reisewunder" sei perfekt und ein ebenbürtiger Ableger der vielen Wohltaten, die in unseren wirtschaftswunderlichen Zeiten den "Mann auf der Strasse" bis zum Überdruß beglückten.

Die Wirklichkeit indessen sieht völlig anders aus. Es gibt zahlreiche Familien, für die eine Erholungs- oder Urlaubsreise immer noch ein unerfüllbarer "Luxus" ist. Dies gilt nicht nur für kinderreiche Ehepaare, denen in erster Linie eine unfreiwillige Touristik-Sperre auferlegt wurde. Zahlreiche Statistiken beweisen, dass es sich im Grunde stets um die gleiche Bevölkerungsschicht handelt, die das Gros der Urlauber stellt. Denn nur jedem zweiten oder dritten Einwohner war im Durchschnitt der letzten Jahre eine mehr oder minder lang bemessene Reise vergönnt. Die meisten mussten zu Hause bleiben.

Aber auch das oftmals verfälschte Bild des "Normaltouristen" bedarf einiger wirklichkeitsnaher Korrekturen. Die Mehrheit der Reisenden ist keineswegs in ihren Ansprüchen "überheblich". Folgende Zahlen mögen dies beweisen. Nur ein Zehntel aller Bundesbürger verbringt seinen Urlaub im Ausland. Zwei Drittel aller Urlauber entfernten sich nicht mehr als 500 Kilometer von ihrem ständigen Wohnsitz. Und 58 Prozent sogar mussten ihre Aufenthaltsdauer am Ferienort auf höchstens 14 Tage beschränken. Die Pro-Kopf-Ausgaben für diese zweiwöchigen Reisen betragen im Gesamtdurchschnitt lediglich 250 DM.

Dies sind Daten, die gewiss nicht "Wunder"-trächtig sind. Im Vergleich zur Reisetatistik anderer Länder erscheinen sie keineswegs imponierend. Im Gegenteil: sie deuten darauf hin, dass die Bundesrepublik auf dem Sektor der Touristik als "unterentwickeltes Gebiet" zu betrachten ist. Wir sind weit davon entfernt, in die Sonderstellung jener Urlauber aufzurücken, die vom internationalen Fremdenverkehr als übermäßig zahlungskräftige Gäste begrüßt und bewirtet werden. Der deutsche "Normaltourist" ist in seinen Ansprüchen und Ausgaben durchaus bescheiden. Und noch längst nicht jeder Bundesbürger vermag seine Reise wünsche selbst auf einem relativ niedrigen Standard zu erfüllen.

Zeitgeschichte...

Eichmann im Glasechrank

P.M.- Früher gab es in der Berliner Friedrichstrasse, Ecke Unter den Linden, ein Wachsfigurenkabinett, das weitbekannt war. Hier sah man die Grössen der Zeit, die die Berliner bewunderten, weil sie noch nicht erkannt hatten, dass auch Grösse in Wachs gefährlich werden kann, jedenfalls, wenn die Urbilder dieser Wachsgrössen einen Grössenwahn bekommen.

In der letzten Jahrzehnten verschwanden dann die Wachsfiguren aus Berlin. Sie wurden in grossen Zeiten durch unechte Grössen in der Politik ersetzt. Nur ab und zu leben Wachsgrössen auf dem Rummelplatz wieder auf.

In Hamburg gibt es noch immer ein Wachsfiguren-Kabinett, nicht mehr so umfangreich und vielseitig wie früher, aber die Reeperbahn ist hierin ihrer Tradition treu geblieben, und selbst die Grössen des Grossdeutschen Reiches kann man in Hamburg in Wachs hinter Glas sehen, ebenso wie die berühmten Massenmörder der Kriminalgeschichte.

Berücht in aller Welt ist vor allem das Wachsfigurenkabinett von London, wo kürzlich die unechten Grössen des Dritten Reiches abgebaut wurden und durch neue wächsene Gestalten der Zeitgeschichte ersetzt wurden. Die Ara "Drittes Reich in Wachs" hatte bei den Londoner Besuchern an Interesse verloren.

Wie aber staunten nun die Berliner, als sie in diesen Junitagen auf ihrem "Johanneesfest" am Funkturm eine lebensgrosse Nachbildung des ehemaligen SS-Obersturmbannführers Adolf Eichmann in einem Panoptikum erblickten, den noch manche Berliner in schlechter Erinnerung haben, als er in ihrer Stadt lautlos, aber nachhaltig zu wirken begann. Die Wachsfigur des Mannes, der in Jerusalem vor Gericht steht, erregte weder Freude, noch Interesse, im Gegenteil: man ärgerte sich über sie. Verschiedene Berliner begannen eine öffentliche Diskussion, man suchte sie zu beruhigen. Man verwies auf Hamburg und auf London. Man wollte doch nur "aufklären". Aber die Vorstellungen gegen diesen Adolf Eichmann in Wachs wurden so stark, dass der Schaustellerverband und die Ausstellungsleitung sich entschliessen mussten, zu empfehlen, den wächsernen Eichmann entfernen zu lassen.

Nun werden wahrscheinlich aus dem Wachseichmann Kerzen gedreht werden. Kerzen, bei deren Schein vielleicht endlich manchem ein Licht aufgeht, das er beim Anblick des Wachs-Eichmann nicht sah.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel